

## Übung – Orkan 2003

### Einleitung

Ein Großbrand mit Menschenrettung vom Dach per Hubschrauber, das Feuer in einer Industrieanlage, Schadstoffaustritt und ein Gebäudeeinsturz mit einem Massenansturm von Verletzten ...

Dies waren einige der Schadenereignisse, die die rund 2.000 Einsatzkräfte mehrerer Bundesländer bei der bisher größten Katastrophenschutzübung in Berlin zu bewältigen hatten.

### Szenario

Folgendes Übungsszenario war vorgegeben: In der Nacht von Donnerstag, 15. Mai 2003, auf Freitag, 16. Mai 2003, zog ein Sturmtief über Berlin und richtete große Schäden an: Der Orkan deckte Dächer ab, durchtrennte Stromleitungen und entwurzelte Bäume.

### Ausnahmezustand

Zahlreiche Brände, die durch Blitzeinschläge verursacht wurden, beschäftigten Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr (BF) und der Freiwilligen Feuerwehr in der ganzen Stadt. Da eine Vielzahl von Feuerwehrleuten durch die Einsätze gebunden war, wurde der Ausnahmezustand Stufe 2 ausgerufen. Aus diesem Grund waren Einsatzstellen nicht mehr entsprechend der Alarm- und Ausrückeordnung der Berliner Feuerwehr zu beschicken. Der Einsatz der ehrenamtlichen Kräfte endete in den Morgenstunden. Mit Geschehnissen wie einem Tanklagerbrand, einer Krankenhausevakuierung und einem Gefahrgutunfall war die BF auch noch am Freitagvormittag beschäftigt. Eine weitere Unwetterwarnung war für den frühen Vormittag vorhergesagt.

**Bild 1:** In einem eingestürzten Supermarkt mussten die Einsatzkräfte Menschen retten und Verletzte versorgen



**Bild 2:** Übungsteil „Gebäudebrand mit Menschenrettung“



## Erhöhte Alarmbereitschaft

Einberufen war inzwischen der Stab Feuerwehr, der die Vorgehensweise der Feuerwehr und der Katastrophenschutzorganisationen berlinweit aufeinander abstimmt. Die Direktionen versetzten ihr Führungspersonal und ihre Brandschutzbereitschaften in erhöhte Alarmbereitschaft. Über die zu erwartende Lageverschärfung informierte Landesbranddirektor (LBD) Albrecht Broemme nun die Hilfsorganisationen.

## Katastrophe

Zu diesem Zeitpunkt liefen parallel mehrere Schadenereignisse ab, die die im Dienst befindlichen Hilfs- und Rettungskräfte weder örtlich noch zeitlich angemessen handhaben konnten (vgl. „Gesetz über die Gefahrenabwehr von Kata-

strophen [Katastrophenschutzgesetz – KatSG]“ vom 11. Februar 1999). Aufgrund der Zerstörungen der Infrastruktur schlug Landesbranddirektor Albrecht Broemme gemäß § 7 des KatSG dem Innensenator vor, den Katastrophenalarm auszulösen. Um 11.50 Uhr verkündete Dr. Ehrhart Körting den Katastrophenfall für Berlin.

Über das gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) forderte Berlin vorsichtshalber mindestens 300 Feuerwehrkräfte an. Die Bundesländer Brandenburg, selbst im Einzugsbereich des Sturmes liegend, Bremen und Hamburg bestätigten dieses Ersuchen. Die Feuerwehrleute sollten bis Mitternacht in Berlin eintreffen.

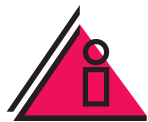
Da sich das Einsatzgeschehen stadtweit „abspielte“, ordnete LBD Broemme eine dezentrale Einsatzführung an. Die Großschadenstelle Berlin-Karlshorst, die als „Schauplatz“ der Übung fungierte, hatte die Direktion Nord über die Regionalleitstelle Marzahn zu führen. Einheiten des Katastrophenschutzes sowie die angebotenen überregionalen Kräfte sollten zum Einsatz kommen. Nachdem überall die

**Bild 3:** Die Rettung der Personen auf dem Dach des brennenden Gebäudes erfolgte mit Hilfe eines Windenmanövers aus dem BGS-Hubschrauber



**Bild 4:** Bremer Feuerwehrkräfte gingen zur Brandbekämpfung eines Flächenbrandes vor





Straßen blockiert waren, erreichte die Einsatzleitung den Schadenort erst gegen 15.30 Uhr mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes (BGS).

## Stationsbetrieb

Als Vollübung umfasste „Orkan 2003“ von der Alarmierung bis hin zur Versorgung der Kräfte die unterschiedlichen Phasen eines Schadenfalles. Angesichts der Anzahl der Einsatzkräfte schien es vorteilhaft, die Schadenereignisse in einem Stationsbetrieb zu präsentieren. Dieser trug dazu bei, „den Übungseffekt zu verbessern und den Vorbereitungsaufwand zu optimieren“. Für die Schadenlagen, die zu „bearbeiten“ waren, war jeweils eine Großschadenlage vorgegeben. An den Stationen arbeitete ein Brandschutzzug – eine Brandschutzbereitschaft besteht aus drei Zügen – einen Einsatz komplett ab. Anschließend wurde der Bereich für die nächsten üben Einheiten wiederhergestellt.

## Zielsetzung

10

### Über mehrere Tage standen folgende Aufgaben im Mittelpunkt des Interesses:

- ▶ das Zusammenwirken der verschiedenen, im Katastrophenfall tätigen Fachdienst-Einheiten (Brandschutz-, Sanitäts- und Betreuungs-, Bergungs- und ABC-Dienst sowie Infrastruktur),
- ▶ die Einsatzführung einer Großschadenlage und
- ▶ die Logistik des Einsatzes (täglich über 500 Helfer).

Die Einsatzkräfte sollten eine Vorstellung ihrer Leistungsfähigkeiten und ihres Reaktionsvermögens erhalten. Die Führungskräfte sollten die Lenkung und Führung großer Einheiten trainieren. In der Zusammenarbeit mit überregional herangeführten Einsatzkräften waren vorhandene Führungssysteme dahin gehend zu überprüfen, ob sie den Anforderungen eines vielschichtigen Schadenereignisses genügen.



## Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ)

Aufgrund der länderübergreifenden Katastrophenlage hatte Berlin auch das GMLZ eingebunden, das seit dem 10. Oktober 2002 in der Zentralstelle für Zivilschutz in Bonn einsatzbereit ist. Das GMLZ ist hier Bestandteil des Zentrums für Krisenmanagement.

Grundlage für die Einrichtung war der Beschluss der Innenminister und Senatoren der Länder (Juni 2002) für eine neue Stra-





**Bild 5:** Perfekte realistische Darstellung von Verletzten hatte oberste Priorität

ategie zum Schutz der Bevölkerung als Konsequenz aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die Hochwasser im August 2002 waren ein weiterer Nachweis für die Notwendigkeit dieser Vereinbarung.

Als Serviceleistung für Bundes- und Landesbehörden unterstützt das GMLZ das ressort- und länderübergreifende Informations- und Ressourcenmanagement. Täglich erstellt das Zentrum beispielsweise Lageberichte zur zivilen Sicherheitslage. Diese Berichte werden bei konkreten großflächigen Schadenereignissen oder Lagen von nationaler Bedeutung um Lagemeldungen ergänzt. Mit seinen Informationen trägt das GMLZ dazu bei, dass Ent-

scheidungsträger auf Bundes- und Länderebene globale Lagebeurteilungen durchführen können.

Die Einrichtung befindet sich derzeit noch in der Aufbauphase. Die angestrebte Kooperation auf allen Ebenen steht am Anfang und ist nach wie vor ausbaufähig. Bis heute konnte das GMLZ bereits bei einer Reihe von Geschehnissen seinen Nutzen unter Beweis stellen. Für großflächige zivile Lagen und Ereignisse von nationaler Bedeutung ist es bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie zwischen verschiedenen Bundesressorts im Bereich Informations- und Ressourcenmanagement zu verbessern.

## Auswertung

Es erübrigt sich, die Arbeitsaufträge der einzelnen BOS (Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) näher zu beschreiben. Alle Beteiligten zogen einheitlich eine positive Bilanz der Übung und ihres Ablaufes. Angenehm fielen Motivation und Engagement der Einsatzkräfte und Helfer auf, die anspruchsvollen Aufgaben zusätzlich förderten. Das Erlebnis einer gut und aufwändig geplanten Übung mit 2.000 Leuten rief allgemein Begeisterung hervor.

Bei der Großübung waren nach Brandamtsrat Reinhard Gerhard Einsatzlagen und -abläufe zu trainieren, die alle Teilnehmer – Übungsleitung und Einsatzkräfte – nicht kannten: „Dabei haben jede Einsatzkraft, jeder Einheitsführer sowie die Übungs- und Projektleitung feststellen müssen, dass Defizite vorhanden sind.“ Aufgaben wie Brandbekämpfung und Löschwasserversorgung über lange Wegstrecken sind überall problemlos in Übungen umzusetzen. Der Umgang mit radioaktiver Strahlung aber erfordert gezielte Ausbildung und Kenntnisse. Durch Kooperation und Austausch mit dem Landeskriminalamt (LKA 32) hat die Berliner Feuerwehr einen Partner gefunden, der entsprechende Vorhaben zu unterstützen vermag.

Die Auswertung der Übung ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Die bisherigen Erkenntnisse ziehen allerdings bereits erste Ausbildungsmaßnahmen für die Mitglieder der Technischen Einsatzleitung und die Zugführer der Brandschutzbereitschaften nach sich.

Die Einsatzlogistik war durch die Berliner Feuerwehr und Hilfsorganisationen hervorragend abgesichert. Branddirektor Andreas Kattge, der Leiter des Einsatz-

dienstes der Hamburger Feuerwehr, äußerte sich anerkennend, „Vergleichbares noch nicht erlebt zu haben“.

Der Stationsbetrieb kam bei den Einsatzkräften positiv an. Nacheinander hatten mehrere Einheiten ein bestimmtes Schadenszenario zu bewältigen. Fachdienstübergreifend arbeiteten die Kräfte bei der Verletztenübergabe bzw. beim Einsatz von Rettungshunden und Hubschraubern mit Wärmebildkamera zusammen. Die Beleuchtung der Einsatzstellen in der Nacht, die Verwendung der Erkundungs- und Dekonkomponenten, Registrierung, Verpflegung und Unterbringung der Übungsteilnehmer spiegeln die Kooperation zwischen den Fachdiensten wider. Eine Vermischung von Feuerwehrleuten aus Berlin, Brandenburg, Bremen und Hamburg durch gleichzeitige Arbeit an einer Einsatzstelle fand zum Bedauern einiger Teilnehmer leider nicht statt. Erstmals hatte das Deutsche Rote Kreuz einen Landesnachforschungsdienst eingerichtet, der die teilnehmenden Einheiten registrierte. Die 50 Helfer aus den Kreisaukunftsbüros sahen sich zwar auch einmal mit einer Organisation konfrontiert, die „diesen Quatsch nicht mitmachen wollte“. Andererseits haben die Erfahrungen in den Hochwassergebieten gezeigt, wie wichtig derartige Erhebungen sind. Für Hans-Dieter Schwarze, Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Berlin e.V., „sind genau die Schwachpunkte eingetreten, die alle Organisationen von vornherein ‚einkalkuliert‘ haben“. Nachdem in den vergangenen Jahren kaum entsprechende Großübungen oder Stabsrahmenübungen stattfanden, waren hier erfahrungsgemäß Schwierigkeiten zu erwarten. Als Beispiel erwähnte er die nicht überall funktionierende Zusammenarbeit, die ei-

**Bild 6:** Kontrollstelle des DRK – alle Personen mussten sich beim Betreten und Verlassen des „Katastrophengebietes“ registrieren lassen



**Bild 7:** BD Frieder Kircher führte den Berliner Innensenator Dr. Ehrhart Körting über das Übungsgelände, hier im Gespräch mit einem Mitglied der Hubschrauberbesatzung des BGS





**Bild 8:** BGS-Hubschrauber vom Typ Puma beim Anflug und Wasserabwurf zur Unterstützung bei der Flächenbrandbekämpfung



gentlich Ziel des gesamten Geschehens sein sollte. Ergeben hat sich ein Ausbildungsbedarf, den das Land und der Bund hoffentlich in absehbarer Zeit realisieren. Die Einbindung des „Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums“ bewährte sich. Es bearbeitete das überregionale Hilfeersuchen Berlins und vermittelte die entsprechenden Hilfeleistungen der Feuerwehren aus Brandenburg (Lkr. Oder-Spree), Bremen und Hamburg. Wieder einmal war die Kommunikation ein Problem. Nicht nur die verschiedenen Funkfrequenzen – zum Teil festgequartzt im 2-m-Band – erschwerten die Zusammenarbeit unter den BOS aus verschiedenen Bundesländern. Augenfällig waren auch unterschiedliche Bezeichnungen für dieselbe „Sache“, die dringend durch einen einheitlichen Modus zu ersetzen sind. Die unterschiedliche Ausbildung der Funker bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen führte wiederholt zu zeitaufwändigen Nachfragen der TEL bei den übenden Einheiten, was Nachalarmierung oder Lagemeldungen anbetraf.

Wie notwendig und wichtig es ist, die Zusammenarbeit der Einsatzkräfte und Helfer verschiedenster Fachdienste und Organisationen zu erproben, haben Umweltkatastrophen wie beispielsweise das Elbehochwasser im Jahr 2002 verdeutlicht. Nach Kattge wird es unumgänglich sein, dass sich Führungskräfte, Feuerwehrleute und andere Helfer an Schadenlagen mit hohem Personaleinsatz gewöhnen. Für Brandamtmann Oliver Iden, bei der BF Bremen für Katastrophenschutz und freiwillige Feuerwehren zuständig, gilt es „Planungsstandards“ für überörtliche Einsätze vorzubereiten, die zügig umzusetzen sind. Eine Forderung, die über die vom Deutschen Feuerwehrverband vorgegebenen Alarmpläne für Hochwasser hinausgeht (siehe schadenprisma 2/2003, S. 36 ff).

Zunächst ist aus Sicht des BGS jedoch das „Kernproblem bei der gemeinsamen Bewältigung von Großschadens- und Gefahrenlagen, Katastrophen (GGSK) zu beheben: die mangelnde Kenntnis über die Kompetenzen, den Aufbau und die Aufgaben der jeweils anderen BOS in rechtlicher, technischer und personeller Sicht“. Ein Wissen, das sowohl auf Stabsrahmen- als auch auf Einsatzebene dringend zu übermitteln ist.

Irene Kölbl, KÖ-WA-TEAM, Berlin  
Fotos: Stefan Wagner

## Prognose